Grundstein für Erfurter Moschee-Neubau gelegt

14. November 2018

Erfurt (KNA) Der Grundstein für den ersten Moschee-Neubau Ostdeutschlands außerhalb von Berlin ist am Dienstag in Erfurt gesetzt worden. Die Ahmadiyya-Gemeinde baut das Gotteshaus mit acht Meter hohem Zierminarett und Kuppel am Rande eines Gewerbegebiets. Beim ersten Spatenstich sagte der Ahmadiyya-Bundesvorsitzende Abdullah Uwe Wagishauser mit Blick auf die islamfeindlichen Proteste gegen den Bau: „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich die Situation normalisiert, wenn die Moschee erst einmal steht."

Den Muslimen gehe es hier nicht um „einen Kampf der Kulturen", so Wagishauser. In der Moschee wollten die Gläubigen „bessere Menschen werden und nicht gegen andere vorgehen". Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) sagte: „Für mich gehört eine Moschee in unsere Gesellschaft. Genau wie eine Synagoge oder Kirche." Religionsfreiheit und deren Gewährleistung seien wichtige Prinzipien einer offenen Gesellschaft. In Sichtweite des Festakts hielten jeweils rund 60 Befürworter und Gegner der Moschee Kundgebungen ab.

Domkapitular Bruno Heller, der das katholische Bistum Erfurt vertrat, bezeichnete den Moschee-Bau als „Bereicherung der religiösen Landschaft in Thüringen". Katholiken und Muslime verbinde der gemeinsame Gottesglaube: „Und die damit verbundene Barmherzigkeit und Güte muss sich auch in Toleranz gegenüber Andersdenkenden widerspiegeln."

Der evangelische Regionalbischof von Eisenach-Erfurt, Propst Christian Stawenow, würdigte das Bauprojekt als ein „Zeugnis freiheitlicher Demokratie". Er hob die guten Beziehungen zur Erfurter Ahmadiyya-Gemeinde hervor. Die Kirche sehe sich zugleich zur Wachsamkeit aufgerufen, aufkeimendem Hass zu begegnen: „Entschieden haben wir uns deshalb gegen den Missbrauch des Kreuzes, um den Moscheebau zu verhindern, gewandt." Er wünsche sich, dass der Bau der Moschee „in friedlicher und toleranter Atmosphäre" gelinge und „zu einem Zeichen und Ort des interreligiösen Dialogs" werde.

Seit der Ankündigung des Bauvorhabens vor zweieinhalb Jahren hatte es immer wieder teils massive islamfeindliche Proteste gegeben. Moschee-Gegner errichteten meterhohe Protest-Kreuze und spießten im Sommer 2017 Schweinekadaver auf dem Gelände auf. Das einstöckige Gebäude soll zwei Gebetsräume und eine Wohnung für den Imam umfassen. Die Baukosten veranschlagt die Ahmadiyya-Gemeinde auf rund 650.000 Euro, finanziert vollständig aus Spenden. Insgesamt zählen die Ahmadis rund 70 Mitglieder im Freistaat.

Die Ahmadiyya-Gemeinschaft versteht sich als weltweite islamische Reformbewegung, wird aber von vielen anderen muslimischen Strömungen nicht anerkannt und teils verfolgt. Bundesweit hat sie nach eigenen Angaben etwa 45.000 Mitglieder und unterhält mehr als 50 Moscheen. In Hessen ist die Ahmadiyya-Gemeinde seit 2013 eine Körperschaft öffentlichen

Rechts, in Hamburg seit 2014. Kritiker werfen den Ahmadis vor, sektenähnlich zu sein und sich nur nach außen modern und reformorientiert zu geben.

(KNA – sllln-89-00164)

Stand: 13. November 2026